

Kurzübersicht**Referat für Bildung und Sport****Organisation der Verfahrensabläufe im Bereich der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung****Überblick zum Prüfungsgegenstand**

Im Schreiben vom 21.12.2005 informierte das damalige Schul- und Kultusreferat der Landeshauptstadt München das Revisionsamt über eine umfassende DV-Neuorganisation im Amt für Ausbildungsförderung, Bereich Vollzug des BAföG/BayAföG/AFBG. Die Stadtverwaltung führte in diesem Bereich das IT-System AFÖGplus ein. Die Bundesregierung passte im Jahr 2010 ihre gesetzlichen Vorgaben (BAföG) umfassend den Anforderungen des Bildungssystems an. Neben einer DV-Neuorganisation können auch umfangreiche Novellierungen in der Gesetzgebung mögliche Änderungen in einer Verfahrensgestaltung verursachen. Aus diesem Grund nahm das Revisionsamt die Entwicklungen im Amt für Ausbildungsförderung zum Anlass, um eine Prüfung der Verfahrensabläufe im Bereich der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung vorzunehmen.

Zielsetzung der Prüfung

Ziel der Prüfung war es, einen Beitrag zu leisten, dass:

- die Organisation des Amts für Ausbildungsförderung wirtschaftlich gestaltet ist ,
- eventuelle systematische Fehler in der Gesamtorganisation und Verfahrensabwicklung aufgedeckt und beseitigt sind,
- die Verfahren im Bereich der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung nach ihrer gesetzlichen Aufgabenerfüllung effizient sind,
- die Ordnungsmäßigkeit in den (Entscheidungs-) Prozessen sichergestellt ist,
- ein geeignetes, flächendeckendes IKS besteht
- und Verfahrensvorschläge eine erhöhte Wirtschaftlichkeit und Effizienz bewirken.

Prüfungsergebnisse (Zusammenfassung)

- Neben einer übergreifenden Verbesserung der organisatorischen Sicherungsmaßnahmen im Amt für Ausbildungsförderung wurden die Arbeitsprozesse des Bereichs der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung projektbezogen erfasst, optimiert und mittels Handbuch nachvollziehbar für alle Prozessbeteiligte dokumentiert.
- Die Verfahren im Bereich der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung sind wirtschaftlich und effizient gestaltet und gewährleisten eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung. Es gab keine Hinweise darauf, dass die Ordnungsmäßigkeit des Internen Kontrollsystems nicht gegeben war.
- Die Arbeitsplatzbeschreibung der Stelle „Leitung, Finanzen, Controlling, EDV, stellvertretende Leitung AfA/BU“ ist den tatsächlichen Gegebenheiten des Amts für Ausbildungsförderung noch nicht angepasst.
- In 2 Fällen wurde die Anordnungsbefugnis und die Befugnis der Verpflichtungserklärungen nach Art. 38 Abs. 2 GO an ein und die selben Personen erteilt.
- Der Prozess der manuellen Wiedervorlage ist nicht IT- unterstützt. Eine vollständige Umstellung auf das elektronische System AFÖGplus konnte bisher nicht realisiert werden.
- Der Prozess „Datenabgleich nach § 45d EStG“ wurde aufgrund von Personalengpässen für 6 Monate eingestellt. Es besteht das Risiko, dass sich die erzielten hohen qualitativen und quantitativen Standards in den Prozessen durch wiederkehrende organisatorische Beeinträchtigungen nicht in jedem Fall umsetzen lassen.
- Trotz umfassender Bemühungen des Amtes für Ausbildungsförderung sind rd. 45% der Sachbearbeiterstellen seit über einem Jahr nicht besetzt. Im Vergleich zu den statistischen Vorgaben des Ministeriums ist die tatsächliche Fallbearbeitung pro Mitarbeiter im Bereich der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung doppelt so hoch. Diese Entwicklungen verstoßen auch gegen das betriebliche Gesundheitsmanagement der Landeshauptstadt München.
- Der Arbeitsalltag des Amts für Ausbildungsförderung ist in den Hauptantragszeiten u.a. von der Aussetzung von Prozessabläufen und der Einstellung des Telefondienstes geprägt.

Empfehlungen auf der Basis der Prüfungsergebnisse (Zusammenfassung)

- Die Arbeitsplatzbeschreibung der Stelle „Leitung Finanzen, Controlling, EDV, stellvertretende Leiterin AfA/ BU“ ist zu überarbeiten.
- Im Sinne einer Risikominimierung sollte das Amt für Ausbildungsförderung überprüfen, ob es für die Aufgabenerfüllung in jedem Fall erforderlich ist, Anordnungsbefugnis und Befugnis der Verpflichtungserklärungen nach Art. 38 Abs. 2 GO an ein und dieselbe Person zu erteilen.
- Im Sinne einer Risikominimierung sollte das Amt für Ausbildungsförderung mit Unterstützung von it@M nochmals die Umstellung der manuellen Wiedervorlage mittelfristig überprüfen. Eine vollständige Umstellung auf das elektronische System AFÖGplus unterstützt ein sicheres und effizientes Verwaltungshandeln.
- Die Verfahrenspraxis der längerfristigen Aussetzung von Prozessen sollte im Sinne einer Risikominimierung eingestellt werden. Es ist zu überprüfen, welche Maßnahmen eine durchgehende, effiziente und wirtschaftliche Durchführung aller Prozesse gewährleisten können.
- In Zusammenarbeit mit den Querschnittsbereichen ist ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, welches die bestehende Personalsituation im Amt für Ausbildungsförderung effizient und wirksam lösen kann.

Stellungnahme der geprüften Organisationseinheit (Zusammenfassung)

- Mit der Erstellung der Arbeitsplatzbeschreibung wurde begonnen. Sie wird voraussichtlich bis Mitte 2015 abgeschlossen sein.
- Die erteilten Anordnungsbefugnisse und Befugnisse der Verpflichtungserklärungen nach Art. 38 Abs. 2 GO werden vom Referat für Bildung und Sport auf weitere Möglichkeiten der Risikominimierung überprüft.
- Von der AKDB wurde eine neue Verfahrensversion für AFÖGplus eingespielt. Es haben sich dabei Veränderungen im Wiedervorlagensystem ergeben. Das Amt für Ausbildungsförderung wird zeitnah und gründlich prüfen, ob nun alle Anforderungen erfüllt sind und eine komplette Umstellung auf AFÖGplus erfolgen kann. Weitergehende Maßnahmen erscheinen derzeit nicht sinnvoll, da bereits die Planung zur Neuvergabe und Ausschreibung des Programms in Vorbereitung ist. Dabei soll auch ein entsprechendes Wiedervorlagensystem im Anforderungsprofil berücksichtigt werden.
- Die Aussetzung einzelner Prozesse gehört zu einem Bündel von Maßnahmen zur Bewältigung der Hauptantragszeit aufgrund der prekären Personalsituation. Eine Änderung dieser Praxis ist nur bei einer schnellen Besetzung der offenen Stellen realistisch.
- Das Amt für Ausbildungsförderung hat bereits zahlreiche Vorschläge und Ideen gesammelt, die in den nächsten Monaten zusammen mit dem POR überprüft werden sollen. Weitere geeignete Maßnahmen sollen stadtübergreifend in regelmäßigen Austauschrunden erarbeitet und umgesetzt werden.

Würdigung des Revisionsamts

Die Empfehlungen des Revisionsamts werden vollständig von der geprüften Organisationseinheit aufgenommen, mit dem Ziel, diese im Verwaltungsgeschehen zeitnah umzusetzen. Der vom RBS erarbeitete Maßnahmenkatalog zur Lösung der anhaltenden Personalprobleme im Bereich der Aufstiegs- und Ausbildungsförderung gestaltet sich effizient und zielt auf eine lösungsorientierte Umsetzung ab.

Der Rechnungsprüfungsausschuss übernimmt die Prüfungsergebnisse und trägt die Empfehlungen des Revisionsamts mit.